

Löhner Anzeiger

Fernsprecher: Amt Lahn Nr. 66.

Stadtblatt für Lahn und Umgegend.

Fernsprecher: Amt Schönau Nr. 10.

Druck und Verlag von Franz Reuchel, Schönau (Kahbach). — Für den Inhalt verantwortlich: Otto Herrmann, Schönau (Kahbach).
Ausgabestelle und Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Markt Nr. 95 in Lahn und in der Buchdruckerlei von Franz Reuchel in Schönau (Kahbach).

Die Ausgabe

erscheint wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich durch Boten 1,80 M., monatlich 60 Pf. frei Haus. Bei Bezug durch die Post 1,95 M., mit Abtrag 2,19 M.

Ämtliche Zeitung

für die Veröffentlichungen der städt. Behörden und des Amtsgerichts.

Anzeigenpreis

1spaltige Grundzeile oder deren Raum 20 Pf., für ausw. Anzeigen 25 Pf., Letzter 50 Pf. Bei gerichtl. Beitreibung kommt die Ermäßigung in Wegfall. Annahmeschluss Montag, Mittwoch und Freitag vormittags 9 Uhr

Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Aufsperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung in unserem eigenen Betriebe oder denen unserer Lieferanten hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Anzeigende in obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für die richtige Wiedergabe von durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Nr. 100.

Lahn, Donnerstag, den 28. August 1919.

16. Jahrg.

Die Lage in Oberschlesien.

Die internationalisierte Militärmission

ist am Sonntag in Breslau eingetroffen, wo sie Montag nachmittag im Landeshause mit den deutschen Vertretern eine Besprechung hatte, bevor sie sich nach Oberschlesien begab.

Die alliierte Militärmission in Oberschlesien hat, wie in Paris erklärt wird, eine sehr große Aufgabe zu erledigen; sie wird die Ursachen der unregelmäßigen Verhältnisse zu prüfen haben und die Wiederherstellung der Ordnung, die Wiederaufnahme der Arbeit in den Kohlenbergwerken, die Vorbereitung der Volksabstimmung zu erledigen haben. Die Kommission soll weiter feststellen, ob im Interesse des Friedens und in Übereinstimmung mit den deutschen Behörden nicht der Termin für die militärische Besetzung Oberschlesiens durch die Alliierten früher als im Friedensvertrag vorgesehen, erfolgen kann.

Hoover schlug, wie aus Paris noch gemeldet wird, im Obersten Räte anßer einer umgehenden Besetzung der Kohlenzonen durch Ententetruppen auch die Kontrollierung der Kohlenproduktion und Verteilung durch die Ententemission vor. Deutschland werde die sofortige Besetzung Oberschlesiens durch Ententetruppen gewiß annehmen. Es wurde dann auch beschlossen, bei der Kohlenmission nicht nur einen polnischen und einen der Tschechoslowakei, sondern auch einen deutschen Delegierten zuzulassen.

Das Ende des Streiks.

Wie von zuverlässiger Seite gemeldet wird, kann, obwohl genaue Zahlen noch nicht vorliegen, von einer Beendigung des ober-schlesischen Streiks gesprochen werden. Auf den Hütten wird vollständig gearbeitet. Auf den Gruben fehlt nur noch ein ganz geringer Bruchteil. Mit dem Abtransport der Kohlenmengen ist begonnen worden.

Beratungen in Breslau.

Die am Montag nachmittag im Breslauer Landeshause stattgefundene informatorische Besprechung zwischen den Breslauer Regierungsstellen und der Ententekommission dauerte drei Stunden. Die amerikanischen Mitglieder der Kommission waren nicht erschienen. Zugewesen waren auch eine Reihe von ober-schlesischen Landräten und Oberbürgermeistern, mehrere höhere Offiziere sowie Vertreter verschiedener Berufsstände und Gewerkschaften, ferner eine Anzahl von Deputationen. Den Vorsitz führte Oberpräsident Philipp. Er begrüßte die unter Führung des englischen Oberleutnants Tibbury stehende Kommission und sprach die Hoffnung aus, daß ihre Informationsreise durch das Aufstandsgebiet dazu führen werde, die Entente von der Haltlosigkeit der von polnischer Seite gegen die deutsche Regierung und das deutsche Militär erhobenen Anschuldigungen zu überzeugen und die wahren Triebkräfte der bedauerlichen Vorgänge in Oberschlesien festzustellen.

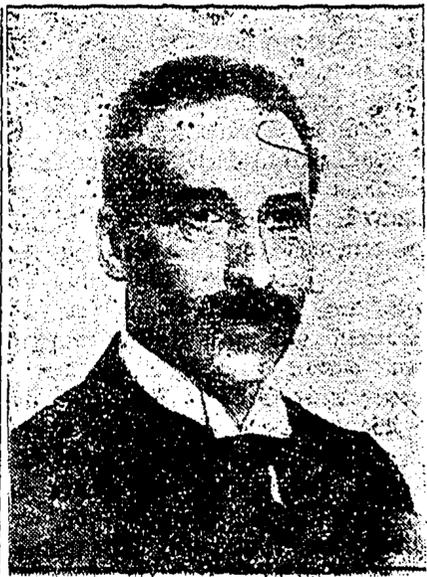
Der Reichs- und Staatskommissar Hörsing entwarf in längerer Rede ein Bild von den polnischen Verhältnissen in Oberschlesien und ihrer Entwicklung seit den ersten Monaten des laufenden Jahres. Er wies an der Hand amtlichen Materials den inneren Zusammenhang der spartakistischen und national-polnischen Bewegung nach, schilderte das Zusammenarbeiten beider Organisationen und ihr Bestreben, die ober-schlesische Arbeiterschaft durch maßlose Verheerung politischen Zwecken dienstbar zu machen.

Generalstabschef Major Hesterberg erörterte die militärische Lage und betonte die Mitwirkung regulärer polnischer Truppen an der Aufstandsbewegung.

Oberleutnant Tibbury dankte namens der Kommission für die Informationen. Er erbat sich weiteres Material und sicherte völlig objektive Prüfung des deutschen Standpunktes und des deutschen Materials zu.

Neue Grenz-kämpfe.

Wie die 32. Reichswehrbrigade mitteilt, fanden in der Nacht zum 25. August an zahlreichen Stellen Ueberfälle von polnischen Banden mit regulären Truppen statt. Bei den Angriffen hatten die Aufreißer die schwersten Verluste. So wurden u. a. die Feldwache Soczalkowiz von polnischen Banden angegriffen. Der Angriff wurde abgewiesen. In der Gegend Lontau fand ein Feuergefecht statt, das jenseits der Grenze durch Maschinengewehrfeuer unterstützt wurde.



Dr. A. von Planta,

der neue schweizerische Gesandte in Berlin.

erfreut sich in der Reichshauptstadt eines besonders guten Ansehens. Er wurde an Stelle des scheidenden Gesandten Philipp Mercier zum schweizerischen Gesandten in Berlin ernannt. Die Ernennung Dr. A. von Plantas dürfte eine sichere Gewähr bieten für den weiteren Ausbau und Fortbestand der guten Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz.

Das Problem der deutschen Kriegsgefangenen.

In der Friedenskonferenz kam die Frage der deutschen Kriegsgefangenen zur Sprache. Balfour wies darauf hin, daß England für die Kriegsgefangenen täglich zweieinviertel Million Francs ausbebe. Aus diesem Grunde schlug er vor, England möge seine Kriegsgefangenen dem Vertrage gemäß sofort zurückgeben. Hiergegen erhob Clemenceau Widerspruch, da die Gefangenen für den Wiederaufbau unerlässlich seien. Wollte England die Unterhaltungskosten für die Kriegsgefangenen ersparen, so möge England die Gefangenen an Frankreich ausliefern, das ihre Arbeitskraft brauche. Da weder Balfour noch Poincaré auf diesen Vorschlag eingingen, wurde die Prüfung der Frage der Kommission überwiesen. Dasselbe Los war der Vorlage Balfours bei der Besetzung Danzigs und Oberschlesiens, die alliierten Truppen nicht zu vermischen, sondern in getrennte Zonen zu legen, was die Verpflegung vereinfache und eventuelle Zusammenstöße der verschiedenen Kommandos hintanhaltete. Auch hier widersprach Clemenceau. Frankreich müsse an sämtlichen Orten, zumal in Polen, vertreten sein.

Rückkehr der Gefangenen aus England.

Nach Meldung des englischen Armeoberkommandos wird die Zurückführung der in englischen Händen befindlichen deutschen Kriegsgefangenen voraussichtlich um den 30. August beginnen. Bei der Abnahmekommission Köln-Deuz würde etwa alle zwei Tage ein Eisenbahnzug mit 2000 deutschen Kriegsgefangenen eintreffen.

Amerika und Japan.

Wie amerikanische Blätter melden, befaßte sich der japanische Ministerrat mit der Schantungfrage. Es herrschte große Erregung. Die Unnachgiebigkeit in der Stellung Japans wurde besonders betont. Man rechne in japanischen Kreisen mit einem Konflikt mit den Vereinigten Staaten und erwarte in kurzer Zeit den Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Kleine Nachrichten.

Die Franzosen haben die Vorzensur über die Presse in Wiesbaden und Mainz aufgehoben.

Wie die polnische Presse meldet, hat Pilsudski die Ernennungsurkunden für den früheren deutschen Reichstagsabgeordneten Wladislaw Schda zum Minister des früheren preussischen Teilgebietes und für Ignaz Szejniowski zum Handelsminister unterzeichnet.

Der Oberste Rat der Alliierten bestimmte, daß die Kosten für die Volksabstimmung in Schleswig zu gleichen Teilen von Deutschland und Dänemark getragen werden sollen.